BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag

www.gruene-fraktion-sachsen.de



Gewinne privatisieren, Umweltrisiken sozialisieren?

Rechtswidrige Entsorgungspraxis von Kraftwerksreststoffen muss beendet werden!

Sorgfalt im Umgang mit Abfällen ist für uns zur Normalität geworden. Das dient nachhaltig der Umwelt und somit auch uns. Leider scheint diese Praxis für die Sächsische Staatsregierung nicht selbstverständlich zu sein. Anstatt Millionen Tonnen belastete Kraftwerksabfälle nach Recht und Gesetz auf dafür zugelassenen und überwachten Deponien zu entsorgen, wird versucht, mit Wortspielereien Kosten für die Betreiber zu ersparen. Die Risiken dieser illegalen Praxis tragen aber wir und unsere Kinder.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag kümmert sich um dieses Problem. Wir sehen Gefahren für Natur und Gesundheit. Nicht umsonst arbeiten andere Bundesländer wesentlich gewissenhafter mit den Kraftwerksreststoffen als Sachsen. Wir GRÜNE wollen, das jetzt gehandelt wird!

Bei der Braunkohleverstromung entstehen Millionen Tonnen belasteter Aschen und Rückstände, die in konzentrierter Form neben Schwermetallen wie Quecksilber, Arsen, Kupfer, Blei etc. auch radioaktive Nuklide wie Uran und Thorium enthalten. Aus diesem Grund nehmen Brandenburg und Nordrhein-Westfalen die Deponieverordnung ernst und entsorgen die Reststoffe auf überwachten Deponien. Das ist zwar kostenintensiv, dient aber vor allem der Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern durch die Abwehr potentieller Gefahren.

Sachsen hat sich seinen eigenen Weg gesucht, um die entstehenden Mehrkosten der überwachten Deponien zu umgehen. Man meint, den Vorschriften des Abfallrechts zu entgehen, wenn man eine Deponie nicht Deponie nennt, sondern „Landschaftsbauwerk". So geschehen im Fall der Abfalldeponie Spreyer Höhe (nahe Boxberg). Hier werden Jahr für Jahr Millionen Tonnen Reststoffe aus dem Kraftwerk Boxberg angehäuft. Aus Sicht eines Rechtsgutachtens ist dies aber kein „Landschaftsbauwerk" und die Ascheablagerung dort keine Verwertung, sondern ganz klar eine Abfallbeseitigung auf einer illegalen Deponie.

Deshalb fordert die GRÜNE-Landtagsfraktion:

- ab sofort bei der Entsorgung von Kraftwerksreststoffen das Abfallrecht einzuhalten und damit Risiken für Umwelt und öffentliche Haushalte nicht weiter zu erhöhen
- die nachträgliche Datenerhebung zur Risikoanalyse bei den Kraftwerksasche-„Landschaftsbauwerken" in Sachsen
- die Bereinigung der illegalen Deponien
- transparente Information der Öffentlichkeit über Risiken durch Kraftwerksreststoffe und deren bestmögliche Vermeidung

Dr. Gerd Lippold, energie- und klimapolitischer Sprecher der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hat bereits Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt, um die Problematik öffentlich anzugehen.

Mehr Infos zu diesem Thema gibt's hier:
http://gruenlink.de/17sd

Kontakt:
Dr. Gerd Lippold
energie- und klimapolitischer Sprecher

☎ 0351/493 4840
✉ gerd.lippold@slt.sachsen.de

V.i.S.d.P.: Andreas Jahnel, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden; gedruckt auf 100 % Recyclingpapier; Foto: GRÜNE-Landtagsfraktion Sachsen